

Antisemitismus als Wahlprogramm



Antisemitische Karikaturen im Wahlkampf:
Auch in Duisburg plakatiert die Deutsche Mitte. (Foto: fro)

Geflüchtete als strategische Waffe, Freundschaft mit Autokrat*innen und antisemitischer Wahlkampf: Die Kleinstpartei Deutsche Mitte hüllt ihr Wahlprogramm in einen verschwörungstheoretischen Mantel – und erhält Unterstützung von der Duisburger Band Die Bandbreite.

2.000 Mitglieder zählt die Partei Deutsche Mitte, die 2013 vom ehemaligen ARD-Journalisten und Verschwörungstheoretiker Christoph Hörstel gegründet wurde. Auch in Duisburg erhält sie Rückenstärkung. Neben einem Stammtisch unterstützt auch die verschwörungstheoretische Duisburger Band Die Bandbreite die Partei. Auf ihren Social-Media-Kanälen warb sie für die Kleinstpartei und half ihr beim Dreh von Werbefilmen. Auch bei Wahlkampfveranstaltungen der Partei trat die Band auf und hielt Reden.

Verschwörungsideologisches Repertoire

Auch in der Deutschen Mitte greift man auf ein verschwörungsideologisches Repertoire zurück. Sie fordert beispielsweise, dass Deutschland 25 Jahre nach der Wiedervereinigung „souverän“ werde und einen Friedensvertrag erhalten müsse. Ebenso wie die Reichsbürger-Bewegung verneint die Partei die Existenz des Zwei-Plus-Vier-Vertrages und sieht sich als ein Spielball fremder, nicht näher definierter Mächte, was in antisemitischen

Ideologien ein beliebtes Synonym für Jüd*innen darstellt. Auch glauben Verschwörungstheoretiker*innen der Reichsbürger-Bewegung, Deutschland sei immer noch ein besetztes Land. Mit Xavier Nadiou etwa haben sie einen prominenter Unterstützer.

Ein böses Kalkül wittert die Partei auch in der Flucht von Menschen nach Europa. Die „neue Weltordnung“ würde Deutschland und Europa mit der „Migrationswaffe“ angreifen, um den Völkern ihre Identität zu rauben. Mit dem verschwörungstheoretischen Konstrukt der sogenannten Neuen Weltordnung befindet sich die Deutsche Mitte argumentativ auf der Linie der Identitären Bewegung, die vor einem „großen Austausch“ warnt und dabei lediglich einen anderen Begriff für die im Nationalsozialismus propagierte „Umvolkung“ erfunden hat. So will auch die Deutsche Mitte eine weitere „Masseneinwanderung“ verhindern und mehr abschieben.

Freundschaft mit Putin und Assad

Die Kleinstpartei strebt eine stärkere Zusammenarbeit mit Russland und Syrien an. Zum syrischen Bürgerkrieg positioniert sie sich klar auf Seiten des Staatspräsidenten Bashar al-Assad und seinem Verbündeten Wladimir Putin. In einer Videoansprache drückte Parteivorsitzender Hörstel Assad seine Solidarität aus.

Auch legitimieren Hörstel und seine Partei die islamistische Hamas, die unter anderem von der Europäischen Union (EU) als terroristische Vereinigung eingestuft ist. Sie seien eines der einzigen „nennenswerten Mittel“, das die Palästinenser*innen hätten. Verübte Terroranschläge der Hamas haben für die Deutsche Mitte also eine Art Schutzfunktion. Die Partei stört nicht, dass die Hamas gemäß ihrer Charta das Ziel verfolgt, Israel zu beseitigen. Im Gegenteil: Langfristig strebt die Deutsche Mitte eine Ein-Staaten-Lösung im Nahost-Konflikt zugunsten Palästinas an. Das Existenzrecht Israels wird dem jüdischen Staat damit abgesprochen. Zudem spricht sie sich für die antiisraelische Bewegung Boycott, Divestment and Sanctions (BDS) aus.

Antisemitismus im Wahlkampf

Auf ihren Wahlplakaten greift die Partei außerdem auf antisemitische Karikaturen zurück. So nutzt die Deutsche Mitte unter anderem das Strippenzieher-Stereotyp: Nicht näher beschriebene Mächte würden von oben herab Medien kontrollieren – eine gängige Verschwörungstheorie, die im Glauben der Deutschen Mitte

Streit im StuPa



Viel Konfliktpotenzial in Dortmund:
Worüber sich das StuPa an der TU streitet, lest ihr auf **Seite 4**

Kennzeichnungspflicht goodbye



NRW-Innenminister Herbert Reul meint: Kontrolle ist gut, Vertrauen ist besser. Alles dazu auf **Seite 6**

akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: www.akduell.de. Auf Facebook findet ihr uns unter www.facebook.com/akduell/ und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

bewiesen ist. Es verwundert daher nicht, dass sie auch in ihren Regeln für Medienkontakte Skepsis gegenüber Pressevertreter*innen äußert. Eine Ausnahme bilden für sie jedoch Formate wie *KenFM* oder *QuerdenkenTV*, die als „systemkritisch“ beschrieben werden.

Auf einem anderen Wahlplakat ist ein Kraken zu sehen, der aus einer Bank hinausschwimmt und mit seinen Tentakeln die Erde umschlingt. Auch diese Bildsprache steht in einer antisemitischen Tradition: Schon 1938 verwendete das NS-Magazin *Der Stürmer* die gleiche Illustration, jedoch zusätzlich mit einem Davidstern versehen. Dass der Kraken aus einer Bank kommt, ist auch kein Zufall. Verschiedene Verschwörungstheorien unterstellen Menschen jüdischer Herkunft eine Allmacht in der Finanzbranche (akduell berichtete). Auch die Deutsche Mitte möchte „Zinsen und Schuldgeld abschaffen“ und das „Finanzkartell entmachten“. Die Forderung, Zinsen abzuschaffen, folgt ebenfalls einer antisemitischen Tradition: Die Trennung von schaffendem Kapital aus vermeintlich „ehrlicher Arbeit“ und raffendem Kapital, das den Jüd*innen zugeschrieben wurde, stand schon im 25-Punkte-Programm der NSDAP und prägt bis in die Gegenwart den modernen Antisemitismus. [fro]

Grüne Basis versus Grünes Regieren

Kommentar

Viel Lärm um Nichts

Von Maren Wenzel

In einer repräsentativen Demokratie geht es um viel: Arbeit, Gesundheit, Bildung, Rente, Wohnen, Umwelt, Digitalisierung, Antidiskriminierung, Gleichstellung, Steuern, Infrastruktur, Migration, Außenpolitik, Sicherheit. Aber die Wahl wird derzeit wieder fast nur über die Themen Flucht, Migration und Außenpolitik entschieden.

Sonntagabend, 21.15 Uhr in Deutschland. 20 Millionen Menschen sollen das TV-Duell zwischen den beiden KandidatInnen auf den Kanzler*innenposten verfolgen. 60 Minuten lang wurde schon debattiert. Als erstes geht es wieder mal um das Thema Asylpolitik. Fast 40 Minuten darf Moderator Claus Strunz, der zwischen durch sogar ein Zitat von Schulz aus dem Zusammenhang riss, gegen geflüchtete Menschen rumpoltern, wann zum Beispiel die 230.000 Ausreisepflichtigen „weg seien“. Natürlich muss über Asyl und Migration gesprochen werden können. Es scheint aber so, als sei die AfD in den Fragen von Moderator Strunz als dritte Partei mit im Studio.

Bleiben noch 45 Minuten, um wirklich über innenpolitische Themen zu sprechen. Dann geht es aber erstmal um Außenpolitik und das Verhältnis zur Türkei und Nordkorea. Sollten darauf wirklich 15 Minuten verwendet werden, wenn die Positionen schon mehr als klar sind, weil sie medial ausgeschlachtet wurden? Merkel kommt das jedenfalls noch mehr als Schulz gelegen: Wer über Außenpolitik sprechen kann, muss nicht über Innen-, Bildungs-, Sozial oder Arbeitsmarktpolitik sprechen. Zu wenige Fragen, zu viele von rechts, schlechte Gewichtung der Themen. Die Moderation ließ fluchen und zu Wünschen übrig.

Die restliche Zeit geht es noch kurz um Rente, lang um das Dieselgate, hektisch um die Maut, schlaglichtartig um Steuerentlastungen und „Terrorabwehr“ – natürlich nur gegen islamistischen Terrorismus. Das TV-Duell in der Kurzkritik: Da wartet man 90 Minuten lang auf Tore, sieht aber nur weite Pässe und ein paar Schüsse knapp am Kasten vorbei. Zurück bleibt eine große Ratlosigkeit – vor allem darüber, warum man sich dieses Spiel überhaupt angesehen hat.

Das „große“ Streitgespräch bleibt hinter den Erwartungen zurück. Schon vor der Partie war klar: Da treffen gleich nur zwei PolitikerInnen aufeinander, wo doch 42 Parteien zur Wahl stehen. Und ihre Parteien saßen zuvor vier Jahre gemeinsam auf der Regierungsbank.

Der Bundestagswahlkampf ist in der heißen Phase. Der dritte Platz hinter CDU und SPD könnte für die Regierungspolitik der kommenden Legislaturperiode ausschlaggebend sein und die Grünen kämpfen um jeden Prozent. Was die Partei in puncto Studienbedingungen plant und wie sie wachsender gesellschaftlicher Diskriminierung begegnet, haben wir im Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen nachgeschlagen.

„Es ist ein Skandal, dass es für Kinder aus Arbeiterfamilien bei uns so schwierig ist aufzusteigen“, sagen die Grünen im Bezug auf die nur 23 Prozent der Kinder aus Nicht-Akademiker*innen-Haushalten, ein Studium absolvieren. Sollten die Grünen in die Regierungsverantwortung gewählt werden, wollen sie mehr Geld in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen investieren, um ihr Ziel, „eine Gesellschaft, in der nicht soziale Herkunft, Geschlecht, ethnische Wurzeln oder körperliche Voraussetzungen über die Zukunft von Menschen entscheiden“, zu erreichen.

Besseres BAföG – besseres Studium

Bei den Studienbedingungen will die Partei zunächst an der Studienfinanzierung arbeiten. Sie müsse „grundlegend verändert werden“. Dazu wollen die Grünen das BAföG Studierenden jeden Alters und in Teilzeit zugänglich machen. Kritik üben sie am aktuellen Modell, das an die Regelstudienzeit gekoppelt ist. Neben einem BAföG-Zuschuss für alle Studierenden soll es einen „Bedarfszuschuss für Studierende aus ärmeren Elternhäusern“ geben. Auch die Alters- und Semestergrenzen der studentischen Krankenversicherung sollen laut Wahlprogramm angepasst werden. Wie genau bleibt allerdings unklar. Auf Bundesebene lehnen die Grünen zudem Studiengebühren ab, obwohl die Partei in Baden-Württemberg unter Ministerpräsident Winfried Kretschmann Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer*innen eingeführt hat.

Außerdem wollen die Grünen „demokratische und partizipative Strukturen an Hochschulen“ stärken, obgleich diese derzeit von der baden-württembergischen Wissenschaftsministerin Theresia Bauer durch die geplante Abschaffung des politischen Mandats der ASten (aktuell berichtete) beschnitten werden sollen. Studentisches Wohnen will die Partei mit einem Bund-Länder-Aktionsplan verbessern, der im Wahlprogramm aber nur ein einziges mal erwähnt wird. Langfristig könnten Studierende von dem Plan profitieren, dass die Grünen „eine Million Wohnungen bauen und sozial binden“ wollen. Diese sollen „dauerhaft günstig, lebenswert und mittendrin“ sein, womit die Partei dem Problem der steigenden Mieten in Großstädten begegnen will.

Widersprüche bei der Antidiskriminierung

Wenige Parteien beschäftigen sich so intensiv mit gesellschaftlicher Diskriminierung in ihrem Wahlprogramm wie die Grünen. Frauen- und LGB-



Die Grünen beteiligen sich regelmäßig an Protesten gegen die AfD um ihr Profil zu schärfen. (Symbolbild: dpe)

TIQ-Rechte nehmen dabei den größten Raum ein. Sowohl in der Innen-, als auch in der Außenpolitik will die Partei „gegen die Diskriminierung und für den Schutz der Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans*, inter* und queeren (LSBTIQ*) Menschen ein[treten]“. Antisemitismus, Rassismus oder Antiziganismus verurteilen sie. Um die Situation für Minderheiten konkret zu verbessern, wollen die Grünen „das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) reformieren und ein Verbandsklagerecht einführen.“ Das bedeutet – verkürzt gesagt – dass Verbände von Minderheiten gegenüber Staat und Unternehmen ihre Rechte auf Gleichbehandlung geltend machen könnten.

Neben diesen Forderungen wollen die Grünen die Rechte von Rom*nija und Sinti stärken. Diese seien „seit Jahrhunderten in vielen Ländern Europas ganz besonders rassistischen Anfeindungen und Ausgrenzungen ausgesetzt“. Sie kündigen sogar an: „Wir werden die Diskriminierung von Roma in der deutschen Asylverfahrenspraxis beenden.“ Der Antiziganismus in den Herkunftsländern würde in den Verfahren nicht angemessen berücksichtigt, heißt es. 2014 und 2015 haben CDU, CSU und SPD im Bundesrat jedoch nur mit der notwendigen grünen Schützenhilfe – zunächst durch Baden-Württemberg, anschließend auch durch weitere Bundesländer – die Balkan-Staaten zu sicheren Herkunftsländern erklärt und damit die Diskriminierung von Rom*nija im deutschen Asylrecht drastisch verschärft. Beinahe zynisch wirkt, dass die Grünen ausgerechnet auf Baden-Württemberg verweisen, wenn es darum geht, „die Beteiligung der Sinti und Roma an der Politikgestaltung in Deutschland sicher[zustellen]“.

Außerdem will die Partei am Artikel 3 des Grundgesetzes arbeiten. Dort sollen „die Merkmale der sexuellen und geschlechtlichen Identität“ ergänzt werden. Das Transsexuellengesetz soll durch ein Gesetz zur Anerkennung der selbstbestimmten Geschlechtsidentität mit einfachen Verfahren zur Änderung des Vornamens und Berichtigung des Geschlechtseintrags ersetzt werden. Auch an der Inklusion arbeitet die Partei weiterhin und verweist dabei auf die UN-Behindertenrechtskonvention, an die sich auch Deutschland halten müsse. [dpe]

Mit Links in den Bundestag



Wahlkampf mit der Zeitung und bis vor die Haustür: Die Linke wirbt mit Sozialer Gerechtigkeit. (Foto: caro)

Wenn am 24. September zur Wahlurne gebeten wird, hofft auch die Linke auf den dritten Platz im Bundestag und damit auf ein mögliches Mitwirken in einer rot-rot-grünen Koalition. Ein Blick ins Wahlprogramm zeigt, was die Partei in punkto Hochschule, Asylrecht und Diskriminierung geplant hat.

„Die Linke steht für gute Bildung, die nicht vom Geldbeutel und der Herkunft abhängt“, heißt es im Wahlprogramm. Zu wenig werde in Bildung investiert, das zeige sich an sanierungsbedürftigen Einrichtungen und einem Mangel an Lehrkräften. Allein an den Hochschulen würden 56.746 Stellen fehlen, um den vorgegebenen Betreuungsschlüssel von 13 Studierenden zu einer Lehrkraft zu erfüllen. Studiengebühren jeglicher Art lehnt die Partei ab. Stattdessen soll eine Grundfinanzierung der Hochschulen die Lehre und vor allem auch die kritische Wissenschaft sichern und ermöglichen. Die Grundfinanzierung solle „sich an der Zahl der tatsächlichen Studienanfänger und an den Kosten des Studienplatzes bem[essen]“. Bisher seien Hochschulen sehr stark von Drittmitteln abhängig und stünden damit auch unter dem Einfluss der Wirtschaft. Den Hochschulpakt, der anfangs zur finanziellen Unterstützung für die Aufnahme des doppelten Abiturjahrgangs gedacht war, möchte die Linke in einen Dauerzuschuss umwandeln. Die Mittel der Exzellenzinitiative sollen komplett in die Grundfinanzierung fließen.

BAföG für alle

Zwar kritisiert die Linke das bisherige Zulassungsverfahren zum Studium durch den Numerus Clausus, Auswahl- und Bewerbungsgespräche sowie IQ-Tests. Wie genau ihr Vorschlag eines „Hochschulzulassungsgesetzes“ dies verbessern soll, wird allerdings nicht erläutert. Deutlicher wird die Partei in puncto BAföG. Das soll für Studierende auf 1.050 Euro angehoben werden und sowohl elternunabhängig, als auch rückzahlungsfrei sein. Nach diesem Modell könnten Absolvent*innen ohne zusätzlichen Schuldenberg ins Berufsleben starten. „Wir wollen die Altersgrenzen beim BAföG abschaffen und die Bezugs-

dauer an die reale durchschnittliche Studiendauer anpassen“, heißt es. Unklar bleibt jedoch, wie die durchschnittliche Studiendauer allgemeingültig ermittelt werden kann, da sich je nach Studiengang Unterschiede ergeben. Die Leistung soll in Zukunft keine Rolle im Zusammenhang mit dem BAföG spielen und würde Studierenden zusätzlichen Stress und Druck ersparen.

Auch Geflüchteten soll ein Studium durch mehr Studienplätze und ein schnelleres Anerkennungsverfahren von Abschlüssen ermöglicht werden. „Die Aufnahme eines Studiums muss das Bleiberecht sicherstellen und vor Abschiebung schützen“, fordert die Partei. Nachdem die Bundesregierung wiederholt das Asylrecht verschärft hatte, spricht sich die Linke für das Grundrecht auf Asyl, gegen eine Obergrenze und das restriktive Aufenthaltsgesetz, das über Ein-, Ausreise und Aufenthalte von Ausländer*innen bestimmt, aus. Alle sollen die Chance auf ein Leben in Deutschland bekommen.

Grundrechte stärken

Handlungsbedarf sieht die Linke auch im Bezug auf die Grundrechte von Frauen und LGBTIQ-Menschen. „Wir streiten für die Gleichwertigkeit aller Lebensentwürfe, sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen und ethnischen Identitäten“, heißt es. Jegliche Partnerschaftsformen sollen anerkannt und gleich behandelt werden: „Diesen Menschen ist ein umfangreiches Besuchsrecht im Krankheitsfall, Adoptionsrecht und Aussageverweigerungsrecht einzuräumen.“

Um die Rechte der Frauen zu stärken, fordert die Linke Straffreiheit für Abtreibung und setzt sich für „eine gesetzliche Regelung, die das Recht auf und den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen wohnortnah und barrierefrei garantiert“, ein. Heißt es zuerst noch, dass jeder Mensch „effektiv vor Gewalt zu schützen“ ist, geht die Linke explizit auf Frauen und LGBTIQ-Menschen ein und fordert zum Beispiel den „Rechtsanspruch auf sofortigen Schutz und umfassende Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder“. Männer und ihre Kinder, die durch häusliche Gewalt in Partnerschaften benachteiligt werden, finden jedoch keine Erwähnung.

Zudem wird bemängelt, dass vor allem Pflegeberufe sowie die Pflege von Familienangehörigen überwiegend von Frauen ausgeübt würden. Hier sieht die Linke die Lösung in der „gerechten Verteilung von Erwerbsarbeit, unbezahlter Hausarbeit, Kindererziehung und Betreuung sowie von Pflege innerhalb der Gesellschaft und zwischen den Geschlechtern.“ Die ökonomischen Verhältnisse müssten sich ändern, damit sich auch Männer „mehr an der Familienarbeit beteiligen“. Um den Gender-Pay-Gap von sieben Prozent im selben Job zu bekämpfen, plädiert die Partei für „gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit!“ Ein Entgeltgleichheitsgesetz soll dies gesetzlich regeln – ein Verbandsklagerecht inbegriffen. [caro]

Kurzgefasst

Mit Erdoğan in den Bundestag?

Seit dieser Woche soll auch der autoritäre türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan neben den hier etablierten Parteispitzen auf Wahlplakaten in NRW hängen. Mit dem Slogan „Freunde der Türkei, seid ein Teil von ihnen! Gebt ihnen eure Stimme! Lasst sie uns vergrößern!“ wirbt die Allianz Deutscher Demokraten (AD-Demokraten) mit einem Erdoğan-Zitat um Stimmen.

Durch der Forderung für freie Märkte und weniger Regulierung auf dem Arbeitsmarkt hat sich die ein Jahr junge Partei zunächst vor allem am Liberalismus nach FDP-Vorbild orientiert. Mit dem Wunsch nach Tradition, Stärkung der Familie und der Ablehnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare können konservative bis rechtskonservative CDU-Wähler*innen angesprochen werden.

Außerdem im Programm: Mehr Patriotismus und Nationalstolz, die Abschaffung der GEZ-Gebühr, „Frauenforschung“ und „Gender Mainstreaming“ werden als „ideologisch unterfütterte Gleichmacherei“ abgelehnt. Genau wie „Frühsexualisierung“ – ein fundamentalistischer Kampfbegriff gegen die Aufklärung über nicht-heterosexuelle Formen der Liebe, Sex und nicht-binären Geschlechts an Schulen. Letzteres sind Ideen und Begriffe, die sonst neurechte AfD-Anhänger*innen nutzen.

Während den AD-Demokraten feministische Forschung und Gleichstellung von LGBTIQ* ein Dorn im Auge sind, sehen sie sich als Partei gegen rassistische und religiöse Diskriminierung. Sie sind gegen Kopftuchverbote, für anonymisierte Bewerbungsverfahren, den Doppelpass und kommunales Wahlrecht von Nicht-EU-Bürger*innen.

Die Türkei und Erdoğan spielen bei ihnen eine zentrale Rolle: nach AD-Demokraten soll es ein „partnerschaftliches Verhalten gegenüber der Türkei“ geben, mit Visafreiheit und EU-Mitgliedschaft. „In der Armenien-Krise sollte sich Deutschland für eine internationale Historiker-Kommission einsetzen (...)“, so die Partei. Gemeint ist die Armenien-Resolution des Bundestages. Dieser stellte im Juni 2016 fest, dass die planmäßige Vertreibung, Ermordung und Vernichtung von bis zu 1,5 Millionen Armenier*innen und weiterer christlicher Minderheiten im Osmanischen Reich ab 1915 als Völkermord zu bezeichnen ist.

Dass die AD-Demokraten „vergrößert“ werden oder gar in den Bundestag einziehen werden, ist unwahrscheinlich. Bei den Landtagswahlen in NRW erhielten sie nur 0,2 Prozent der Stimmen. [mac]

Konfliktpotenzial hoch zehn



Streit im SuPa an der TU Dortmund: Interne Konflikte verhinderten bei der letzten Sitzung die Wahl mehrerer AStA-Referent*innen. (Foto: Tuxys, Wikimedia Commons, CC BY SA 3.0)

Eigentlich sollte am vergangenen Montag, 28. August, an der Technischen Universität (TU) Dortmund ein neuer AStA gewählt werden. Die Juso Hochschulgruppe (Jusos), die Liste Aktive Politik für erfolgreiche Lernbedingungen (Apfel) und der Ring Christlich-Demokratischer Studierender (RCDS) hatten im Vorfeld eine Koalition gebildet. Am Ende kamen jedoch nur vier Referenten auf die notwendige Mehrheit. Zuvor war im Studierendenparlament (StuPa) ein Konflikt über den Umbenennungsantrag des autonomen Frauenreferats ausgebrochen.

Bereits die Ausgangslage für den neuen AStA an der TU Dortmund war nicht die Beste: Die geplante Koalition aus Jusos, RCDS und Apfel kam zusammen nur auf 21 Stimmen – nicht genug, um den AStA zu stemmen. Für eine Mehrheit benötigte die Koalition 26 Stimmen. Der Minderheiten-AStA brauchte Unterstützer*innen von anderen hochschulpolitischen Listen. Die Fachschaftenliste Studi für Studis spaltete sich deshalb in zwei Lager.

Gespaltenes StuPa, uneiniger AStA

Ein Grund für die Spaltung: Die Liste unabhängig muslimisch moralisch aktiv hilfsbereit (Ummah aktiv). Anonyme Quellen berichten der aktuell, dass innerhalb der Dortmunder Hochschulpolitik das Gerücht umging, dass Listenmitglieder der türkischen Regierungspartei AKP naheständen. Daraufhin sei keine Koalition für einen neuen AStA zustande gekommen. [Anm. d. Red.: Zur Transparenz: Dieser Artikel wurde hier nachträglich von dieser Redaktion verändert.] Der Verdacht reichte einigen Parlamentarier*innen aus, die Jusos in ihrer geplanten AStA-Bildung nicht zu unterstützen. Diese waren auf die Stimmen der Ummah aktiv angewiesen, da die Liste fünf Sitze im StuPa hat und somit die nötige Mehrheit von 26 erreicht wäre. Ummah aktiv hatte ihre Unterstützung an die Bedingung geknüpft, dass eine Ummah-Referentin als Ersatzmitglied in den Verwaltungsrat des Studierendenwerks Dortmund gewählt wird, mit Erfolg.

Der Wahl des AStAs gingen einige Anträge,

darunter einer des autonomen Frauenreferats der TU, voraus. Die Frauen* hatten bereits bei der vergangenen Frauen*vollversammlung im Dezember 2016 beschlossen sich in queerfeministisches Referat umzubenennen. „Um diese Namensänderung ganz offiziell zu realisieren, sollte auch die Satzung der Studierendenschaft geändert werden“, erklärt Frauenreferentin Maria Scholhölter, „ein entsprechender Änderungsantrag lag dem Studierendenparlament bereits Anfang dieses Jahres vor.“ Eigentlich eine reine Formalität. Die Namensänderung war mit keinerlei inhaltlicher Änderung der Satzung verbunden.

Untergrabene Autonomie, unkonkrete Kritik

Doch genau daran störten sich wohl einige Parlamentarier*innen, darunter die Listen Ummah aktiv und Apfel sowie vorrangig Männer, auch aus anderen Listen. Der Antrag erhielt nur 25 Ja-Stimmen und viele Enthaltungen, jedoch wäre eine Zwei-Drittel-Mehrheit notwendig gewesen. Auch als es zu einer namentlichen Abstimmung kam, zeigte sich ein ähnliches Bild. „Wir haben nicht mit diesem hohen Anteil von Enthaltungen gerechnet. Wir waren wirklich schockiert“, ordnet Scholhölter das Ergebnis ein. „Die satzungsinhärente Autonomie des Referats wurde mit dieser Enthaltung untergraben, die Stimme sowie die Beschlüsse der Vollversammlung der Studentinnen* wurden ignoriert“, befindet das queerfeministische Referat. Der Änderungsantrag führte zu einer inhaltlichen Grundsatzdiskussion über den Feminismus-Begriff. Laut Aussage des queerfeministischen Referats wurden sowohl die Liste Apfel als auch Ummah aktiv dazu aufgefordert, ihre konkrete Kritik an dem Änderungsantrag zu äußern – was sie aber nicht taten. Von Apfel hieß es, dass man nicht gewählt werden sei, um sich zum Feminismus zu positionieren und dass ihre Wähler*innen das nicht wollten. Auf Anfrage der aktuell hat sich Apfel bis Redaktionsschluss nicht geäußert.

Rachid Rammadan der Liste Ummah aktiv soll zudem herausgestellt haben, dass Queer-Feminismus für ihn unseriös klinge. Die Jungen Liberalen

der TU Dortmund äußerten nachträglich auf Facebook: „Da sich an der Zuständigkeit nichts ändert, halten wir die Umbenennung weder für notwendig noch für sinnvoll. Weil der Zusatz queer darüber hinaus auch alle Sexualitäten einschließt, würde dies zu einem Konflikt mit dem bereits vorhanden Schwulenreferat führen.“ Ander Teile der Opposition, wie die Grünen zeigten sich hingegen empört. „So viel zur Autonomie der autonomen Referate...“ schrieb die Gruppe in einem Facebook-Statement.

Wahlvorgang mit Komplikationen

Der Unmut einiger Parlamentarier*innen schlug sich in der anschließenden Wahl der AStA-Referent*innen wider. Markus Jüttermann (Jusos) wurde noch mit 29 Stimmen zum ersten Vorsitzenden gewählt. Der angedachte Finanzreferent Ahmed Akid Atasoy (listenlos) sowie der zweite Vorsitzende Mohammed Bahakim (Apfel) konnten erst im zweiten Wahlgang bestätigt werden. Offenbar hatte sich Bahakim bei der Abstimmung des Änderungsantrag des queerfeministischen Referats enthalten. Einzelne Mitglieder aus der Fachschaften-Liste, die als Stimmen für die Wahl eingeplant waren, gleichzeitig aber hinter dem Änderungsantrag standen, zogen daraufhin ihre Unterstützung zurück. Letztlich konnten nur vier AStA-Referenten mit der nötigen Mehrheit gewählt werden. Ein standfester, handlungsfähiger AStA sieht anders aus. AStA-Vorsitzender Jüttermann sieht allerdings keine Probleme für die künftige Arbeit: „Ich sehe keinerlei Einschränkungen. Ich denke das [Anm. d. Red.: gemeint sind die fehlenden Stimmen beim ersten Wahlgang] lag am Zeitpunkt der Abstimmung. Vielen fehlten ja nur ein bis zwei Stimmen und die Sitzung dauerte bereits sechs Stunden an.“

Doch auch am Verlauf der Wahl selbst gab es Kritik. Neben zwischenzeitlich fehlenden Stimmzetteln und Wahlkarten und aufgrund von Formfehlern zu wiederholenden Wahlvorgängen, ärgerten sich Parlamentarier*innen über die männliche Dominanz im AStA. Die Befragung vor der Wahl von Jüttermann wurde vorzeitig abgebrochen, nachdem mehrfach kritische Fragen zur Frauenquote des neuen AStAs gestellt worden waren. Von der geplanten Quote von 27 Prozent befindet sich zumindest niemand im Vorsitz. Dilara Malkoc, ebenfalls ein Mitglied der Jusos, die noch im Juni auf den Listenplatz 1 gewählt worden war, trat nicht mehr zur Fraktionsvorsitzenden an. [Anm. d. Red.: Auch hier erfolgte eine nachträgliche Änderung.] Laut Jüttermann soll die geplante Quote im AStA jedoch eingehalten werden. Auf die Frage, ob er sich bewusst sei, dass sich die SPD und die Juso-Hochschulgruppen für eine Frauenquote aussprechen, entgegnete Jüttermann: „Die Bundes-SPD hat keinerlei Bezug zum AStA der TU Dortmund, ich finde die ganze Diskussion entbehrt einer Grundlage.“ Erst auf der nächsten Sitzung können nun die verbliebenen Referent*innen gewählt werden. Ob diese dann jedoch die erforderliche Mehrheit bekommen werden, ist aufgrund der andauernden Streitigkeiten im StuPa derzeit mehr als zweifelhaft. [rat]

Nicht mit dem Grundgesetz vereinbar?

Der Numerus Clausus (NC) ist gerade ein Fall fürs Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Dort soll am 4. Oktober entschieden werden, wie die Zukunft der Studienplatzvergabe in Fächern mit bundesweitem NC aussehen soll. Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hatte geklagt, dass die jetzige Vergabe nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sei.

Die Zulassungsbeschränkungen für Studienfächer mit bundesweitem NC könnten bald der Vergangenheit angehören. Das betrifft neben Medizin auch Tier- und Zahnmedizin sowie Pharmazie, für die sich Studieninteressierte über die Stiftung für Hochschulzulassung zentral bewerben müssen. Gegen die Studienplatzvergabe reichte das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen Klage ein. Die Abitur-Noten der einzelnen Bundesländer seien nicht vergleichbar. Dass es große Unterschiede gebe, betonte auch Josef Kraus, Chef des Deutschen Lehrerverbands, gegenüber dem *Tagesspiegel*. In Nordrhein-Westfalen hat sich einer Studie der Kulturministerkonferenz zufolge die Abitur-Note von durchschnittlich 2,66 im Jahr 2006 auf 2,47 im Jahr 2015 verbessert. Ob wirklich eine „Noten-Inflation“ – wie Kraus prognostiziert – vorliegt oder ob die Schüler*innen tatsächlich immer bessere Leistungen erbringen, ermittelt die Studie jedoch nicht.

Im Wintersemester 2014/15 bewarben sich 43.000 Studieninteressierte für Medizin auf 9.000 Plätze. Die Nachfrage steigt seit Jahren. Die Wartezeit beträgt derzeit 15 Semester – und damit länger als die angesetzte Regelstudienzeit. Daraus ergibt sich ein Widerspruch zum Artikel 12 des Grundgesetzes, heißt es vom Verwaltungsgericht Gelsenkirchen. Dort heißt es nämlich im Absatz 1: „Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen.“ Sogar ein Abiturdurchschnitt von 1,0 sichert Interessierten nicht zwingend einen Studienplatz. An der Westfälische Wilhelms-Universität Münster wollten der *Welt* zufolge so viele Bewerbende mit einem 1,0er-Abitur Medizin studieren, dass gar die Anzahl der Punkte als Kriterium erhoben wurde. Weil die Studienplatzvergabe mittlerweile gut 80 Prozent der Studienplätze nur auf Grundlage der Abiturnote vergibt, hätten viele Studierende nicht die Chance, ihren Wunschberuf auszuüben, so die Argumen-



Für ein Medizinstudium braucht man Spitzenabi. Das Bundesverfassungsgericht beschäftigt sich derzeit damit, ob das rechtens ist. (Foto: fro)

tation des Verwaltungsgerichts. Die meisten Universitäten würden auf persönliche Auswahlverfahren verzichten, da diese deutlich zeitintensiver sind.

Persönliche Auswahlverfahren an der UDE

An der Universität Duisburg-Essen werden hingegen persönliche Auswahlverfahren für das Fach Medizin durchgeführt. 20 Prozent der Studienplätze gehen an die Bewerber*innen mit den besten Abiturnoten, 20 weitere Prozent an Bewerber*innen auf der Warteliste und die restlichen 60 Prozent werden nach einem hochschuleigenen Auswahlverfahren verteilt. Laut Satzung sollen Bewerbende in einem 30-minütigem Auswahlgespräch begründen, wieso sie Medizin studieren wollen, inwiefern sie durch ihre Leistungskurse und außerschulischem Wissen aufs Studium vorbereitet sind oder schon berufliche Erfahrung mitbringen, welche Vorstellungen sie vom Beruf haben und wie viel sie über aktuelle gesundheitspolitische Probleme wissen.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes wird für einen Großteil der Studiengänge jedoch keine Bedeutung haben. Fächer mit örtlicher Zulassungsbeschränkung, die die Universitäten auf Grundlage der Bewerber*innenzahl und der Kapazität errechnen, sind davon ausgeschlossen. Die Kritik am Selektionssystem Numerus Clausus bleibt aber erhalten. Denn schließlich sagt die Abiturnote nur wenig über das Interesse und die tatsächlichen Kompetenzen von Studieninteressierten aus. [fro]

Begucken!

The End Of Meat



Welche Auswirkungen hat Fleischkonsum auf Umwelt, Tiere und uns selbst und wie könnte eine Welt ohne aussehen? Regisseur Marc Pierschel stellt seinen Dokumentarfilm *The End Of Meat* vor und gibt Anstöße, wie zum Beispiel eine pflanzliche Ernährung aussehen könnte und wie Wissenschaftler*innen an tierfreiem Fleisch forschen.

↗ **Mittwoch, 6. September, 19 bis 22.30 Uhr, Sweetsixteen Kino, Immermannstraße 29, Dortmund, Eintritt 7 Euro, ermäßigt 6 Euro**

Beteiligen!

Factory Outlet Center Duisburg

Der 24. September ist in Duisburg Super-Wahl-Tag. Neben der Bundestagswahl wird der*die Oberbürgermeister*in gewählt und über das geplante Factory Outlet Center am ehemaligen Duisburger Güterbahnhof abgestimmt. Ein breites Bündnis stellt sich gegen das Bauvorhaben. In einer Podiumsdiskussion debattieren die Kandidaten Gerhard Meyer (gemeinsamer Kandidat von CDU, Grüne, Junges Duisburg und Bürgerliche-Liberale), Thomas Wolters (Kandidat der FDP), Erkan Kocalar (Kandidat der Linken) und Sören Link (amtierender Oberbürgermeister und Kandidat der SPD).

↗ **Dienstag, 12. September, 19.30 Uhr, Liebfrauenkirche, König-Heinrich-Platz, Eintritt frei**

Bepöbeln!

Merkel die Schuld geben

ES RAAAISSCHT! Wie ham die Faxen dikke, genüg is genüg! Die Folksfahrräder müssen doch ma endlich angeprangart werden! Endlich ham wa ma die Gelegenheit, de Schuldige für dat alles unsere Meinung zu geigen.

↗ **Samstag, 16. September, 17 bis 20 Uhr, Düsseldorf, Eintritt frei**

NRW schafft Kennzeichnungspflicht ab und kassiert Shitstorm

Seit Dienstag, 29. August, steht es fest: Das Kabinett von NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) hat in seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause die Abschaffung der individuellen Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen beschlossen. Erst im Jahr 2016 hatte die Landesregierung aus SPD und Grünen diese eingeführt. Das Innenministerium NRW hat die Entscheidung bekannt gegeben und kassierte in den sozialen Medien deshalb einen Shitstorm.

In einem Video erklärt Innenminister Herbert Reul (CDU) die Gründe der Maßnahme: „Ich halte das für zwingend notwendig, denn dieses Misstrauen gegenüber Polizisten ist nicht akzeptabel.“ In der Pressemitteilung des Innenministerium heißt es außerdem: „Die Kennzeichnungspflicht ist sachlich nicht vernünftig zu begründen“ und „die Befürworter sind bislang jeden Nachweis schuldig geblieben, dass angezeigte Polizisten häufig nicht identifizierbar sind.“

Ein Treppenwitz des Innenministeriums

Ausgewiesene Expert*innen widersprechen Reuls Ausführungen jedoch schon länger. Der Kriminologe Tobias Singelstein von der Ruhr-Universität Bochum erklärte gegenüber der WAZ: „Es ist selbstverständlich, dass der Staat dem Bürger gegenüber nicht anonym auftritt. Die Polizei hat besondere Befugnisse. Im Gegenzug muss sie sich im Rechtsstaat eine besondere Kontrolle gefallen lassen.“ Ermittlungen von Polizist*innen gegen das eigene Kollegium seien „umso schwieriger, je näher die Kollegen an den Kollegen dran sind“, erklärte er dem WDR, nachdem es Ende Juni in Duisburg zu einem Fall von Polizeigewalt kam. Ein 49-jähriger Duisburger hatte Polizisten beschuldigt, ihn in seinem Hausflur misshandelt zu haben. Vorausgegangen war ein Konflikt zwischen der Polizei und Anwohner*innen, wegen Zwangsanwendung der Polizei gegen einen Falschparker.

Ganz ähnlich sehen das viele Menschen in den sozialen Netzwerken. Nach der Bekanntgabe der Nachricht gingen auf dem Twitter-Account des Innenministeriums hunderte Kommentare ein, auch bei Facebook gab es kritische Nachfragen. Antworten ließen nicht lange auf sich warten: „Wenn es bei Beamten zu Fehlverhalten kommt, dann wird das selbstverständlich schonungslos aufgeklärt“, heißt es vom Innenministerium NRW bei Twitter. Der Twitter-User @fabian_rstm fragt daraufhin: „Guter Witz. Wie denn dann?“ und bekommt dafür eine Menge Zuspruch von anderen User*innen.

Viele der Kommentare an das Innenministerium ähneln sich in der Kritik: Fehlende Rechtsstaatlichkeit, mangelnde Kontrolle, abgebaute Bürgerrechte und Möglichkeiten



Bürgerrechte? Hier gibt es nichts zu sehen. In Zukunft wieder ohne individuelle Kennzeichnungspflicht: Die nordrhein-westfälische Polizei. (Foto: dpe)

für Polizist*innen in die Anonymität zu verschwinden. Als rhetorisches Mittel drehen viele der Kritiker*innen die Argumentation von Herbert Reul um: „Wer nichts zu verbergen hat, muss vor der Kennzeichnungspflicht auch keine Sorge haben“, sagt @golradir. @WaywardKitten93 meint, es handle sich um einen „Treppenwitz“, denn „Generalverdacht entsteht ohne Kennzeichnung – weil dann Fehlverhalten nicht mehr einzelnen Personen zugeordnet werden kann.“ Antworten auf die argumentativen Kommentare gibt es vom NRW-Innenministerium keine. Lediglich als sie jemand der Lüge bezichtigt, scheinen beim Social Media-Team die Sicherung durchzubrennen: „Warum bezichtigen Sie uns der Lüge? Polizisten verhalten sich nach Recht und Gesetz“, heißt es dort verallgemeinernd.

Unbeantwortete Fragen

Auch bei Facebook sieht sich Innenminister Reul Kritik ausgesetzt. Facebook-Nutzer Moritz Hoffmann fragt Reul auf seiner Facebook-Seite: „Warum sind Sie mindestens schon vor zwölf Jahren als vehementer Verfechter einer Vorratsdatenspeicherung aufgefallen, die ja nichts anderes ist als ein Generalverdacht gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern, die Telefone und/oder Internetanschlüsse verwenden?“ Wenn die Antwort auf seine Frage laute, dass es sich um ein notwendiges Instrument gegen Verbrechen handle – führt Hoffmann aus – „warum ist dann die pseudonyme Kennzeichnung von Polizistinnen und Polizisten, also Menschen, denen wir Waffen und das staatliche Gewaltmonopol anvertrauen, kein notwendiges Instrument gegen die zweifelsohne stattfindenden

Gesetzesübertreffe dieser Beamten?“ Außerdem will er von Reul wissen, ob ihm ein Fall bekannt wäre, in dem einer Polizist*in ohne eigenes Verschulden durch die Dienstkennzeichnung ein Nachteil erwachsen sei und wie er durchsetzen wolle, dass verummte Polizistinnen und Polizisten, die im Einsatz Straftaten begehen, nachträglich identifiziert und mit adäquaten Disziplinar- und Strafmaßnahmen belegt werden.

Weder Herbert Reul noch das Innenministerium NRW haben auf die vielen Fragen geantwortet. Auf Nachfrage der aktuell sagt Wolfgang Beus, Pressesprecher für Polizeiangelegenheiten, dazu: „Die redaktionelle Betreuung des Twitterkanals des Innenministeriums NRW liegt in den Händen des Social Media Teams des Hauses. Wie in der Netiquette des Kanals beschrieben, werden konkret gestellte Fragen nach Möglichkeit und Einzelfallprüfung bearbeitet.“ Offenbar sah das Social Media Team keinen Bedarf, die hunderten Nachfragen und Kommentare zu beantworten. Die Frage, ob Polizist*innen je durch die Kennzeichnungspflicht ein nicht selbst verschuldeter Nachteil erwachsen wäre, beantwortet Beus so: „Vor Einführung der anonymisierten, individualisierten Kennzeichnungspflicht (§ 6a Polizeigesetz NRW) im Dezember 2016 für Polizeibeamte in Hundertschaften gab es keinen bekannten Fall in dem ein beschuldigter Polizeibeamter/Polizeibeamtin nicht identifiziert werden konnte.“ Außerdem würden Straftaten von Polizist*innen „durch besonders qualifizierte Ermittler unter der Sachleitung der zuständigen Staatsanwaltschaft konsequent verfolgt“ werden. Entkräftet werden die kriminologischen Argumente damit allerdings nicht. [dpe]

SGS ohne Chance gegen Titelanwärter

Für den ersten Spieltag der Allianz-Frauen-Bundesliga hätte sich die SGS Essen sicherlich einen einfacheren Gegner gewünscht, als Meisterkandidat FC Bayern München. Die kleine Hoffnung, dem Favoriten am Samstagmittag, 3. September, doch vielleicht Punkte zu klauen, erfüllte sich nicht. Zu dominant waren die Spielerinnen vom FC Bayern. So stand am Ende ein 0:3 auf der Anzeigetafel. Zum Zuschauen verdammt waren die verletzten Spielerinnen Kirsten Nesse und Nina Brüggemann, die neben dem Profigeschäft im Ruhrgebiet studieren.

Die Rollen des Spiels waren im Vorfeld klar verteilt. Auf der einen Seite der Vizemeister der vergangenen Saison, Bayern München, der sich lediglich dem Liga-Primus VFL Wolfsburg geschlagen geben musste und sich mit dem Transfer der gebürtigen Essenerin Mandy Isacker noch einmal verstärkt hat. Auf der anderen Seite der fast schon familiäre Club der SGS Essen, dessen Etat etwa ein Drittel des Bayern-Etats entspricht.

Zu Beginn erlebten die 2.132 Fans ein recht ausgeglichenes Spiel. Bayern, die mit einem 5-3-2 System mit aufrückenden Außenverteidigerinnen spielten, begann zwar mit mehr Druck und mehr Ballbesitz, Essen arbeitete jedoch defensiv äußerst konzentriert und ließ keine gefährlichen Torchancen zu, sodass sich die Bayern-Spielerinnen am gut organisierten 4-4-2 System die Zähne ausbissen. Insbesondere das Mittelfeld um die Essener Kapitänin Ina Lehmann zeigte dabei ein starkes Zweikampfverhalten. So dauerte es auch 20 Minuten, bis die Gäste aus München zu ihrer ersten Torchance kamen. Isacker traf das Außenetz. Danach kamen die Essenerinnen besser ins Spiel und begannen, mutiger nach vorne zu spielen. In dieser Phase entwickelte vor allem Sarah Freutel Druck über die rechte Spielseite.

In der 36. Minute fand Bayern-Spielerin Isacker doch eine Lücke in der Essener Abwehrreihe. Nach einem langen Pass eilte die Essener Torhüterin Lisa Weiß einen Moment zu spät aus ihrem Tor, Isacker konnte den Ball an der Strafraumgrenze an ihr vorbeispitzen und traf zum 0:1. Essen verfiel jedoch keinesfalls in eine Schockstarre, sondern agierte bis zur Halbzeit weiter konzentriert. Mit 0:1 ging es in die Kabine.

Bayern eiskalt vor dem Tor

Unter den Augen von Bundestrainerin Steffi Jones zeigten die Essenerinnen in der zweiten Halbzeit dann auch selbst mehr Lust aufs Spiel nach vorne. Ein abgefälschter Freistoß in der 54. Minute von Linda Dallmann prüfte die Bayern-Torhüterin Tinja-Riikka Korpela zum ersten Mal ernsthaft. Doch sieben Minuten später waren es die Bayern-Spielerinnen, die Grund zum Jubeln hatten: Lucie Vonkova erhöhte mit einem flachen Schuss ins linke Eck zum 0:2.



Keine leichte Aufgabe: Zum Saisonstart kam der FC-Bayern ins Stadion Essen an der Hafestraße. (Foto: dav)

Aber die Essenerinnen gaben noch nicht auf. Durch Standards und Flanken kam Essen nun näher in Richtung von Bayern-Torhüterin Korpela. In der 67. und 71. Spielminute hatte die für Turid Knaak eingewechselte Lea Schüller noch zwei Kopfbalanchancen, die jedoch keine allzu große Prüfung für Korpela darstellten. In der 73. Spielminute klingelte es schließlich ein drittes Mal im Essener Kasten. Nach einem Zweikampf im Strafraum zwischen der für Melanie Leupolz eingewechselten Dominika Skorvankova und Lena Ostermeier von der SGS entschied Schiedsrichterin Marina Wozniak auf Strafstoß. Simone Laudehr verwandelte sicher für München. Den Schlussspiel des Spiels setzte ein Freistoß an der Strafraumkante von Linda Dallmann in der 88. Minute, der jedoch links am Tor vorbeiging.

Nach dem Spiel attestierte auch Thomas Wörle, Trainer des FC Bayern, den Essenerinnen ein Spiel auf Augenhöhe zu Beginn des Spiels: „Die erste Halbzeit war sehr umkämpft. Ich fand, gerade die ersten 20 bis 30 Minuten war Essen absolut ebenbürtig.“ Auch SGS-Trainer Daniel Kraus ist mit der Leistung seiner Mannschaft zufrieden. „Alles in allem, ist es kein Beinbruch, gegen Bayern München zu verlieren. Die kämpferische Leistung meiner Spielerinnen hat mir gut gefallen. Es ist nicht der Normalzustand, dass wir gegen Bayern München Punkte holen. Wenn wir das schaffen, ist das super, aber unsere Gegner sind andere“, erklärte Kraus auf der Pressekonferenz.

UDE und RUB bei der SGS

Unter den über 2.100 Zuschauer*innen auf der Tribüne saßen an diesem Spieltag auch Nina Brüggemann und Kirsten Nesse. Beide spielen für die SGS Essen, mussten allerdings verletzungsbedingt aussetzen. Und: beide sind Studentinnen im Ruhrgebiet. Nina Brüggemann studiert Sport und Biologie auf Lehramt an der Universität Duisburg-Essen. Sie geht nun mit der SGS in ihre dritte Saison und hat zuvor in Klopensburg gespielt. Fußball und Uni unter einen Hut zu bekommen, ist dabei gar nicht immer so einfach. „Das ist natürlich schon anstrengend

mit dem Fußball neben der Uni. Der Tagesplan ist dann manchmal morgens zur Uni, dann zum Krafttraining, wieder zur Uni, kurz was essen und dann wieder zum Mannschaftstraining. Also mitunter viel Pendeln am Tag“, erzählt die 24-Jährige. Vor allem Kurse in den Nachmittags- oder Abendstunden seien schwierig wahrzunehmen, „dadurch verzögert sich das Studium natürlich etwas“. Für die gebürtige Norddeutsche ist der Ruhrpott inzwischen zu einem zweiten Zuhause geworden: „Ich fühle mich definitiv wohl hier in Essen. Ich habe immer gesagt, dass ich den Ruhrpott cool finde, weil die Menschen total offen und direkt sind. Das hat sich auch definitiv bestätigt in der Zeit, in der ich jetzt in Essen bin.“

Auch Kirsten Nesse, die seit 2015 in Essen spielt, fühlt sich wohl bei der SGS. „Unser Verein ist halt wie eine einzige große Familie. Mit seinen Sorgen kann man hier zu jedem gehen, man findet immer eine Lösung. Das macht auch für mich diesen Verein aus, diese Arbeitermentalität, dass alle zusammenhalten und jeder für jeden alles gibt. Man kann sich gar nicht nicht wohlfühlen hier“, erzählt sie. Neben dem Fußball studiert sie Sportwissenschaften an der Ruhr-Uni Bochum. „Noch als Ein-Fach Bachelor, ich will aber eventuell auf Lehramt umsitzen“, so Nesse. Momentan setzt die 21-Jährige ihren Fokus dabei eher auf den Sport als auf die Uni. „Es ist für mich so, dass Fußball momentan die übergeordnete Rolle in meinem Leben spielt, weil die Zeit, die ich Fußball spielen kann, natürlich begrenzt ist“, erklärt Nesse. Auch für sie ist der Spagat zwischen Uni und Fußball nicht immer leicht: „Wenn wir zum Beispiel am Samstag ein Auswärtsspiel haben, fahren wir manchmal schon am Freitag hin. Und wenn dann auf Freitagnachmittag eine Klausur gelegt wird, ist das natürlich schon echt blöd. Das kommt aber zum Glück selten vor.“ Wenn beide ihre Verletzungen auskurieren haben, wollen sie die Mannschaft auch wieder auf dem Feld unterstützen.

Das nächste Heimspiel der SGS Essen findet am 24. September um 14 Uhr im Stadion an der Hafestraße statt. Ermäßigte Studierendentickets gibt es für 7 Euro. [dav]

Zeitungsredakteur*innen gesucht!



Du:

- hast bereits journalistische Erfahrungen oder großes Interesse, journalistisch zu arbeiten?
- hast ein gutes Sprachgefühl und Lust auf Recherchearbeit?
- kannst auch unter Zeitdruck Texte produzieren?
- hast Lust, in einem gleichberechtigten Team mit großer Verantwortung mitzuarbeiten?
- kannst mit Adobe InDesign, Adobe Photoshop und WordPress umgehen oder bist bereit, dir diese Fähigkeiten zeitnah anzueignen?
- fühlst dich der Studierendenschaft verbunden und engagierst dich gegen Diskriminierung?
- kennst die emanzipatorischen Initiativen und sozialen Bewegungen auf dem Campus und in der Region?
- kennst dich in der regionalen Kulturszene aus oder möchtest dich in diesen Bereich einarbeiten?
- willst mit großem Engagement, mit Kreativität und Eigeninitiative bei einem unabhängigen studentischen Medium mitarbeiten?

Der AStA der Universität Duisburg-Essen sucht zur Verstärkung der aktuell-Redaktion neue Redakteur*innen

akduell-Redakteur*innen werden mit einem festen Rahmenvertrag ausgestattet und über Zeilengeld von 3 Euro je 500 Zeichen und ein Produktionshonorar (70 EUR pro Produktion) bezahlt. Außerdem gibt es ein festes Honorar für die Online-Redaktion (30 EUR pro Ausgabe). Während der Vorlesungszeit erscheint aktuell wöchentlich, in der vorlesungsfreien Zeit in der Regel zweiwöchentlich. Die Zeitung wird montags von fünf Redakteur*innen von 8 bis 16 Uhr produziert, mittwochs findet eine Redaktionssitzung mit allen Mitgliedern von 12 bis 14 Uhr statt. Bitte sende deine aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen, gerne mit beigefügten Textproben von dir, bis spätestens **Mittwoch, 4. Oktober 2017**, an: vorsitz@asta-due.de

Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Marcus Lamprecht u.a.

Projektkoordination: Redaktionsschwein Ferdi

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Maren Wenzel (mac), Philipp Frohn (fro), Daniel Veutgen (dav), Sarah Dannehl (caro), Dennis Pesch (dpe), Mirjam Ratmann (rat), Lorenza Kaib (lenz)

V.i.S.d.P.: Dennis Pesch (dpe)

Auflage/Druck: 3.000 / Megadruck, Westerstede

E-Mail: redaktion@akduell.de

Web: www.akduell.de

HIRNAKROBATIK

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2 | | 4 | | |
| 8 | 5 | | | | 1 |
| | 6 | 3 | | 2 | |
| 7 | 1 | | 5 | 4 | |
| | | 6 | 9 | 3 | 1 |
| | | | 7 | 6 | 4 |
| 6 | | | 2 | | 5 |
| | 5 | | | | 2 |
| | | | | 8 | 6 |

WOHNHEIMGESCHICHTEN

